

# Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 4

Ausgegeben am 22. April 1921

39. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

## Der Bankrott des Bolschewismus

Von Heinrich Cunow

### I

Unter den Argumenten, mit denen die Größen des bolschewistischen Regierungssystems in Moskau bisher ihren rücksichtslosen Terrorismus gegen die weiterstrebenden Anhänger der bürgerlichen und sozialistischen Parteirichtungen begründeten, spielte die Behauptung, ohne die terroristische Diktatur der Arbeiterklasse ließe sich der Übergang von der kapitalistischen zur kommunistischen Wirtschaftsordnung nicht durchführen, die vornehmste Rolle. Schon Karl Marx hätte die Notwendigkeit solcher Diktatur anerkannt, denn an verschiedenen Stellen seiner Schriften hätte er von einer »Diktatur des Proletariats« gesprochen und in seiner Kritik des Gothaer sozialdemokratischen Parteiprogramms in genialer Vorauskenntnis kommender revolutionärer Entwicklungsformen erklärt: »Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats.« Die bolschewistische Regierungsform, so behaupteten die Theoretiker der bolschewistischen Parteidoktrin, sei lediglich eine Befähigung dieser Marxschen Voraussage. Die Sowjetrepublik müsse als eine Zwischenstufe zwischen Kapitalismus und Kommunismus betrachtet werden, als eine entwicklungs geschichtlich bedingte Übergangsform, der die große Aufgabe gestellt sei, gegen den Widerstand der bürgerlichen Schichten den Kommunismus in Rußland durchzuführen, und solche Aufgabe lasse sich nun einmal ohne diktatorisch-terroristische Maßnahmen nicht lösen. Sobald die kommunistische Ordnung gesichert sei, würde die Diktatur des Proletariats von selbst aufhören, denn sie hätte dann ja keinen Zweck mehr.

Es soll hier nicht untersucht werden, inwieweit sich der bolschewistische Begriff der proletarischen Diktatur mit dem ähnlichen Marxschen Begriff deckt, noch ob die bolschewistische Partei ohne weiteres mit dem russischen Proletariat identifiziert werden darf, und ob ferner das russische Wirtschaftsgetriebe tatsächlich jene kapitalistische Reife besitzt, die Marx als notwendige Vorbedingung des Überganges zum sozialistischen beziehungsweise kommunistischen Wirtschaftsgetriebe betrachtet; hier kommt nur in Betracht, daß die bolschewistischen Führer selbst in der Herbeiführung des Kommunismus die alleinige Rechtfertigung ihrer terroristischen Herrschaft erblicken und damit indirekt zugestehen, daß, wenn ihr Herrschaftssystem mit seiner Erschütterung des gesamten Wirtschaftslebens nicht imstande ist, das kommunistische Wirtschaftsideal zu verwirklichen, ihr blutiges Regime vom histo-

rischen Standpunkt aus als völlig unberechtigt erscheint — als ein gefährlicher geschichtlicher Irrwahn.

Wie viele schmerzliche Opfer auch das bolschewistische Experiment dem russischen Volk aufgezogen haben mag, führt es tatsächlich zum Durchbruch einer sozialistischen Wirtschaftsweise, stellt es also nur eine notwendige Durchgangsstufe zu einer höheren Entwicklungsform des Wirtschaftslebens dar, so ist es vor dem Richterstuhl der Geschichte gerechtfertigt; erreicht es dagegen nirgends das gesteckte Ziel, führt es vielmehr wieder zum kapitalistischen Wirtschaftsgetriebe zurück unter Hinterlassung schwerer wirtschaftlicher Zerrüttungen, dann ist der Bolschewismus, mögen auch vielleicht manche seiner Verkünder von den besten, uneigennützigsten Motiven geleitet sein, als ein System nutzloser Aufopferung Tausender von Menschenleben gerichtet. Nicht nur der Frevelk an der Menschheit, der aus niederen Beweggründen eigensüchtige Pläne verfolgt und diesen Plänen rücksichtslos das Wohl seiner Mitmenschen opfert, sondern auch jener, der, befangen in einem Irrwahn, ein Ideal mit gewaltsamen blutigen Mitteln unter Zeitverhältnissen durchzuführen sucht, die zur Verwirklichung dieses Ideals völlig ungeeignet sind.

Das bisherige Ergebnis der bolschewistischen Herrschaft in Rußland aber zeigt deutlich, daß diese ihr Ziel, die Einführung einer kommunistischen Wirtschaftsweise, auf dem eingeschlagenen Wege nie und nimmer erreichen wird, daß vielmehr die zahllosen Kämpfe, die geführt worden sind, völlig nutzlos waren und das schließliche Resultat der terroristisch-bolschewistischen Diktatur nichts anderes sein wird als die Rückkehr zum kapitalistischen Wirtschaftssystem, aber unter Umständen, die vielfach zu einer Wiederaufnahme der Produktion auf einer weit niedrigeren Stufe nötigen werden, als jene gewesen ist, bis zu welcher die Wirtschaftsentwicklung Rußlands vor dem Beginn der bolschewistischen Ära gelangt war. Wie die jüngsten kommunistischen Putsch in Mitteldeutschland der Durchsetzung kommunistischer Wirtschaftseinrichtungen nicht das geringste genutzt, sondern nur Menschenopfer gekostet und zu zwecklosen Zerstörungen wirtschaftlicher Werte geführt haben, ganz abgesehen von der Stärkung, die die reaktionären Bestrebungen durch sie erfahren haben, so wird auch — das zeigt sich deutlicher von Tag zu Tag — die bolschewistische Herrschaftsperiode in Rußland bald von der gestrengen Richterin Geschichte als eine Zeit zweckloser Gewaltmaßnahmen bewertet werden, die lediglich dazu geführt haben, die kulturelle Entwicklung Rußlands wieder auf eine bereits überschrittene Stufe zurückzubringen.

Zwar den letzten Kronstädter Aufstand hat die Moskauer Sowjetregierung mit Hilfe der größtenteils aus fremdländischen Volkselementen bestehenden roten Armee verhältnismäßig leicht niedergeworfen, und der Abschluß eines englisch-russischen Handelsvertrags wie auch die Beendigung des zwischen Polen und Rußland bestehenden Kriegszustandes durch den Rigaer Frieden können sogar in gewisser Beziehung als politische Erfolge der Sowjetregierung gebucht werden; aber was nützt das alles gegenüber der fortschreitenden inneren Zersetzung, besonders aber gegenüber dem stetig zunehmenden Rückgang der industriellen und landwirtschaftlichen Erzeugung Rußlands, der die Moskauer Zentralregierung trotz ihres Sträubens zwingt, eines ihrer kommunistischen Projekte nach dem anderen fallen zu

lassen, zur kapitalistischen Wirtschaft zurückzukehren und damit ihre einseitigen Verheißungen und Versprechungen selbst als leere Phantastereien anzuerkennen. So hat denn auch der »große Erfolg« der Unterdrückung der Kronstädter Unruhen die Sowjetregierung nicht davor zu bewahren vermocht, auf dem jüngst abgehaltenen zehnten Kongreß der Kommunistischen Partei ihre Ohnmacht gegenüber dem Widerstand der antikommunistischen Bauernschaft eingestehen zu müssen und auf den letzten Rest der einst zur Durchführung des Kommunismus auf dem Lande ergriffenen Maßnahmen zu verzichten. Die Ablieferungspflicht der Bauern wird beseitigt und die bäuerliche Naturalsteuer längstvergangener Zeiten wieder eingeführt. Und der Mann, der diese Rückkehr zu primitiv-kapitalistischen Wirtschaftszuständen eingeleitet hat und unter dessen Druck sie beschlossen wurden, das ist Lenin selbst, der große volkswirtschaftliche Theoretiker und Prophet des reinen orthodoxen Bolschewismus!

Mit welchen Ansprüchen und welchem hochgesteigerten Selbstgefühl begann nicht der Bolschewismus sein Regiment! Er verhiess nicht nur die Nationalisierung oder Sozialisierung der Industrie, sondern auch zum Zwecke der Steigerung der Lebensmittelerzeugung und der besseren Versorgung der russischen Bevölkerung mit den notwendigsten Gebrauchsgegenständen die Durchführung der kommunistischen Arbeitsweise in der landwirtschaftlichen Produktion. Manche bolschewistischen Theoretiker hielten den Übergang der Bauern zur Gemeinwirtschaft sogar für noch leichter durchführbar als die Verstaatlichung der Industrie, da der russische Bauer durch die Einrichtung des Mir gewissermaßen bereits auf den kommunistischen Betrieb vorbereitet sei.

In dem von der Bolschewikiregierung alsbald nach ihrem Siege am 8. November in der »Izwestija Petrogradskago Sowjeta Rabotščich i Soldatskich Deputatow« veröffentlichten U g r a p p r o g r a m m heißt es denn auch zum Beispiel:

Das Eigentum der Gutbesitzer am Lande wird sofort ohne jede Entschädigung aufgehoben. Das Gutbesitzerland, ebenso wie alle Kronländereien, Kloster- und Kirchengüter gehen mit dem gesamten lebenden und toten Inventar, den Gebäuden und dem gesamten Zubehör in die Verfügung der Landkomitees und der Kreisbauernräte über, und zwar bis zum Zusammentritt der konstituierenden Versammlung.

Das Recht auf privates Eigentum am Lande wird für immer abgeschafft. Land darf weder verkauft noch gekauft, weder verpachtet, noch verpfändet, noch auf irgendeine andere Weise enteignet werden. Das ganze Land, und zwar Staats-, Kron- und Apanagenländereien, Kloster- und Kirchengüter, Majorate, Privatgüter, Gemeindebesitz, Bauernland usw., wird unentgeltlich enteignet. Es wird zum allgemeinen Volksbesitz und allen auf dem Lande Arbeitenden zur Ausnutzung überlassen.

Alle Bodenschätze, wie Erzlager, Erdöl, Kohle, Salz usw., ebenso die Wälder und Gewässer, die für den Staat von allgemeiner Bedeutung sind, gehen in die ausschließliche Nutzung des Staates über. Alle kleinen Flüsse, Seen, Wälder usw. gehen in die Nutzung der Gemeinden über unter der Bedingung, daß sie von den lokalen Selbstverwaltungsbehörden verwaltet werden.

Das Recht der Benutzung des Landes erhalten alle Bürger des russischen Reiches ohne Unterschied des Geschlechts, die es durch eigene Arbeit bebauen wollen mit Unterstützung ihrer Familie oder in Form einer Genossenschaft, jedoch nur so lange, wie sie imstande sind, es zu bearbeiten. Gemietete Hilfskräfte sind unzulässig.

Das ganze Land wird nach seiner Enteignung in dem Landfonds des gesamten Volkes vereinigt. Seine Verteilung unter die Bearbeiter wird geleitet von den lokalen und zentralen Selbstverwaltungsbehörden, beginnend mit den demokratisch organisierten Dorf- und Stadtgemeinden und endigend mit den zentralen Bezirksbehörden.

Dieselben Grundzüge finden wir, etwas verklausuliert, auch in den nächstfolgenden bolschewistischen Kongreßbeschlüssen, Anweisungen und Berichten des Zentralausschusses usw. verkündet; aber zu ihrer Durchführung ist so gut wie nichts geschehen, da der russische Bauer, auch der Kleinbauer, sich allen Versuchen, eine kommunistische Arbeitsweise auf dem Lande einzuführen, widersetzt. Es zeigte sich alsbald, daß der russische Bauer trotz seiner angeblichen »Prädestination für die Idee des Kommunismus« einen nicht minder »antikollektivistischen Schädel« besitzt als sein deutscher, englischer oder französischer Berufsgenosse. Die Bauern eigneten sich einfach das Land der adligen Großgrundbesitzer, der Majorate, Klöster, Kirchen und Krone an, verteilten es und nahmen es, ungeachtet der schönen bolschewistischen Dekrete, als ihr Eigentum in Besitz — und zwar nahmen sie alles, dessen sie sich zu bemächtigen vermochten. Wohl stand im Agrarprogramm der Bolschewiki, daß Ländereien mit hochkultivierter Wirtschaft wie Gärten, Plantagen, Baumschulen usw., ebenso Gestüte und Viehzüchtereien der Konfiskation durch den Staat vorbehalten bleiben und nur von diesem für Lehrzwecke und zur Errichtung von Musterbetrieben ausgenutzt werden dürfen, aber was quälten sich die Bauern um schöne Programme! Der Kommunismus wurde dadurch natürlich nicht auf dem Lande eingeführt; im Gegenteil erfuhr dadurch der kapitalistische Betrieb eine Stärkung. Zwar hatten auch die Kleinbauern manches schöne Bodestück erbeutet; aber da es ihnen an Vieh, Geräten, Geld und Arbeitskräften zur Bestellung fehlte, wußten sie vielfach mit dem nackten Boden nichts anzufangen. Sie verkauften ihn also an die größeren Bauern und Dorfwucherer oder liehen sich auf ihr Grundstück Geld, das sie meist nicht zurückzahlen vermochten. So geriet der Kleinbauer in vielen Gouvernements schon gegen Mitte des Jahres 1918 wieder völlig in die Abhängigkeit von den Großbauern, die in den Bauerräten, zum Teil auch in den neuerrichteten Landkomitees alle Macht an sich zu reißen vermochten.

Den Widerstand der Bauern zu brechen, fühlte sich die bolschewistische Zentralregierung zu schwach, so kam sie auf die schlaue Idee, die verarmten Kleinbauern und Landarbeiter gegen die reicheren Bauern auszuspielen. Durch ein Dekret vom 24. Juni 1918 wurde die Bildung von Dorfausschüssen angeordnet. Das Dekret lautet:

Das aktive und passive Wahlrecht in Gemeinde- und Dorfkomitees der Armut steht ohne jegliche Ausnahme allen Eingeborenen wie zugewanderten Bewohnern der Dörfer zu, mit Ausnahme der notorischen Dorfwucherer und der Reichen und der Wirte, die Überschüsse an Getreide und anderen Lebensmitteln haben, die industrielle Unternehmungen besitzen, sich der Lohnarbeit bedienen usw. Zu den Aufgaben dieser Komitees gehören: 1. Die Verteilung von Brot, der Gegenstände des täglichen Bedarfs und der landwirtschaftlichen Geräte. 2. Die Unterstützung der örtlichen Verpflegungsorgane.

Zugleich wurde durch ein zweites Dekret zur Bildung von großlandwirtschaftlichen »kommunistischen Produktivgenossenschaften

mit kulturellen Einrichtungen« aufgefordert. Während dieses Dekret aber fast unbeachtet blieb, führte das Dekret über die Bildung von Dorfausschüssen alsbald zur Einsetzung von Dorfarmenkomitees, das heißt die Klein- und Nichtbesitzer in den Dörfern schlossen sich zu sogenannten Armenauschüssen zusammen, die nun gegen die großen und mittleren Bauern einen hartnäckigen Kampf eröffneten und von ihnen die Abtretung von Land, Vieh, Geräten, Saat und Lebensmitteln zu erzwingen suchten. Die Folge dieser Herausbeschwörung neuer heftiger innerer Kämpfe in den Landgemeinden war natürlich nicht etwa eine Vermehrung der Produktion, sondern weitere Zerstörungen und Verwüstungen vorhandener wirtschaftlicher Werte.

Die Lobredner der Sowjetpolitik haben selbstverständlich später dieses Dekret als nützlich zu verteidigen versucht, aber selbst ihre großen Theoretiker haben zugeben müssen, daß diese Dorfarmenausschüsse nichts genutzt haben. So sucht zwar Trotzki in seiner Schrift »Terrorismus und Kommunismus« (Wien 1920) das Dorfarmendekret gegen Kautsky zu verteidigen, meint dann aber doch:

Es war notwendig, in den bäuerlichen Unterschichten Mißtrauen und Feindseligkeit gegen die wucherischen Oberschichten wachzurufen. Dieser Aufgabe dienten die Armenkomitees. Sie wurden aus den Unterschichten geschaffen, aus Elementen, die in der vorhergehenden Epoche gedrückt, in die Erde gedrängt, rechtlos waren. Selbstverständlich offenbarte sich auch in ihren Kreisen eine gewisse Anzahl halbtschmarogerischer Elemente. Dies diente als Hauptmotiv für die Demagogie der Narodniki-»Sozialisten«, deren Reden in den Herzen der Wucherer ein dankbares Echo fanden. Aber an sich war die Tatsache der Übergabe der Macht an die Dorfarmen von unermesslicher revolutionärer Bedeutung.

Am besten spricht wohl die Tatsache gegen die sogenannten Armenkomitees, daß trotz ihrer sogenannten »unermesslichen revolutionären Bedeutung« die bolschewistische Zentralregierung sich schon im Dezember 1918 gezwungen sah, diese schöne Einrichtung wieder aufzuheben. Der »Dorfkrieg«, der einmal entfesselte, in rohester Weise geführte Kampf zwischen Groß- und Kleinbauern, hat damit natürlich nicht aufgehört, noch ist es den von der Sowjetregierung unter Aufwendung enormer Geldmittel aufs Land hinausgeschickten Aposteln des Agrarkommunismus gelungen, die Bauern zum Kommunismus zu bekehren. Selbst der Schädel des armen russischen Kleinbauern erweist sich als sehr widerstandsfähig gegen die kommunistische Idee. Sein Verlangen bleibt mehr Land und Vieh, aber im eigenen Besitz.

Daß selbst die Dorfarmen nur schwer für die kommunistischen Anschauungen zu gewinnen sind, sehen sich denn auch sogar zwei so unentwegte Anhänger der reinen bolschewistischen Doktrin, wie N. Bucharin und E. Preobraschensky, zugeben genötigt. In den von ihnen im vorigen Jahre gemeinsam herausgegebenen Erläuterungen zum Programm der kommunistischen Partei Rußlands (in deutscher Übersetzung unter dem Titel »Das ABC des Kommunismus« im Verlag der Arbeiter-Buchhandlung, Wien 1920, erschienen) wird halb zögernd eingestanden:

Aber die ganze Armut (das heißt die arme Bauernschaft) für die Kommunen zu gewinnen, ist außerordentlich schwer. In der letzten Zeit geht in die Kommunen, besonders in die Artels, in großer Zahl der Mittel-

bauer. Es ist notwendig, eine Reihe von Berufsvereinigungen der Armut, als solcher, zu schaffen, insofern sie mit der Kleinwirtschaft noch nicht bricht. Diese Vereinigung der Armut muß den Kampf gegen die Dorfwucherer, den Kampf, den die Armenkomitees nicht zu Ende geführt haben, fortsetzen; die Armut sollte sich zur gegenseitigen Hilfe vereinigen, sie muß in Wirtschaftsbeziehungen mit dem Staate treten, von ihm bestimmte Arbeiten übernehmen und als Gegenleistung verschiedene Produkte zu Vorzugsbedingungen und überhaupt jede ökonomische Unterstützung erhalten. In Rußland gibt es eine ungeheure Zahl verschiedener Armenvereinigungen, doch fragen alle einen lokalen Charakter oder sind vorübergehende Organisationen. Diese Organisationen müssen zu größeren Einheiten zusammengefaßt werden. Eine große Zukunft gehört den Armenvereinigungen aus den nichtproduzierenden Gouvernements (Pech- und Harzgewinnung, Holzfällen und -lagern, verschiedene Arten der Holzverarbeitung und dergleichen).

Dieser Appell an die Zukunft unter reichlicher Verwendung der Wörter: »es ist notwendig«, »es sollte«, »es muß« zeigt zur Genüge, daß es bislang noch um die verheißene Durchführung des Kommunismus auf dem Lande recht bescheiden bestellt ist, nicht mal nennenswerte Anfänge sind vorhanden. Doch die Propheten des Bolschewismus wissen sich zu helfen. Sie haben neuerdings herausgefunden, daß es eigentlich unter den heutigen Umständen auch gar nicht die Aufgabe des Bolschewismus sein kann, die russischen Bauern zu kommunistischen Ansichten zu bekehren; vorerst gelte es lediglich, die Bauern zu »neutralisieren«, das heißt sie durch Zuwendung von Vergünstigungen zu bewegen, nicht gegen die Sowjetregierung Stellung zu nehmen und sich nicht den Aufstandsversuchen der Antirevolutionäre anzuschließen. Dieser Verzicht darauf, den Bauern den Kommunismus zu predigen, hat sogar Aufnahme in die Leitsätze und Statuten der kommunistischen Internationale gefunden. In den Beschlüssen des vom 17. Juli bis 7. August 1920 in Moskau abgehaltenen »Zweiten Kongresses der kommunistischen Internationale« heißt es:

Das revolutionäre Proletariat kann es sich, wenigstens für die nächste Zukunft und für den Beginn der Periode der Diktatur des Proletariats, nicht zur Aufgabe machen, diese Schicht (die Bauern) auf seine Seite zu ziehen. Es muß sich vielmehr auf die Aufgabe beschränken, sie zu neutralisieren, das heißt zu verhindern, daß sie im Kampfe zwischen Proletariat und Bourgeoisie der letzteren aktive Hilfe leistet. Das Hinundherschwanken dieser Schicht ist unvermeidlich, und zu Beginn der neuen Epoche wird ihre vorwiegende Tendenz in den kapitalistisch entwickelten Ländern zugunsten der Bourgeoisie ausfallen: denn die Weltanschauung und die Stimmungen der Eigenkümer sind überwiegend privatrechtlich orientiert. Das siegreiche Proletariat wird die Lage dieser Schicht durch Aufhebung des Pachtzinses und der Hypothekenschulden, durch Hergabe von Maschinen, Einführung von Elektrizität in landwirtschaftlichen Betrieben usw. verbessern. Die sofortige Aufhebung des Privateigentums durch die proletarische Macht kommt in den meisten kapitalistischen Staaten keineswegs in Frage.

Das ist eine völlige Verleugnung des Agrarprogramms, mit dem 1917 die bolschewistische Partei ihre Herrschaft in Rußland antrat.

Immerhin, wenn auch die Sowjetregierung ihr kommunistisches Agrarprogramm auf dem Lande nicht durchzuführen vermocht hat, so könnte doch ihre Politik den Anstoß zur Entstehung einer lebensfähigen, intensiver als früher arbeitenden Bauernschaft und damit zu einer Steigerung der Lebens-

mittelerzeugung gegeben haben. In Wirklichkeit ist das Gegenteil eingetreten: die Bauernwirtschaften liefern durchweg heute weit niedrigere Erträge, als unter der Zarenregierung. Zwar hat infolge der von den Bauern vorgenommenen »Konfiskationen« (richtiger Aneignungen) des Großgrundbesitzes der Landbesitz der Kleinwirtschaften vielfach zugenommen, aber eine Vermehrung der Anbaufläche hat diese Verteilung fast nirgends zur Folge gehabt und noch weniger eine Intensivierung der Ackerbestellung. Nach russischer Schätzung sind in Großrußland 32 Millionen Deßjatinen (1 Deßjatine gleich 1,09 Hektar), in Kleinrußland (Ukraine) ungefähr 10 Millionen Deßjatinen in den Besitz der Bauernschaft übergegangen. Das hat in vielen Gouvernements eine wesentliche Verschiebung der Besitzverhältnisse zur Folge gehabt. Leider fehlt noch eine ganz Rußland umfassende statistische Aufnahme, doch wird überall eine Zunahme der Kleinwirtschaften und ihres Landanteils, eine Abnahme der bäuerlichen Mittel- und Großbetriebe konstatiert.

Damit ist aber nicht gesagt, daß eine wirtschaftliche Hebung dieses Kleinbesitzes eingetreten ist. Da es den Kleinbauern an Geräten, Vieh und Betriebskapital, teilweise auch an Arbeitskräften fehlt, liegt der größte Teil des neugewonnenen Bodens brach. Und der in Benutzung genommene Teil wird höchst liederlich bewirtschaftet; denn da der Bauer die Erträge nicht nach Belieben im freien Handel verwerfen und sich für den Erlös keine Industriegüter kaufen kann, hat er wenig Interesse daran, mehr anzubauen, als er zur Ernährung seiner Familie und Anverwandten gebraucht. Die Maßnahmen der Sowjetregierung haben vielmehr die Unrationalität der russischen Bauernwirtschaft noch gesteigert. So rückständig auch der bäuerliche Betrieb in Rußland immer gewesen ist, wurde doch immerhin bei der Ackerbenutzung bis zu gewissem Grade die Bodenqualität und die Möglichkeit eines schnellen und sicheren Absatzes in Betracht gezogen. Heute fallen derartige Erwägungen meist weg. Der Bauer hat das Bestreben, sich möglichst mit allen den Nahrungsmitteln selbst zu versorgen, die er im eigenen Haushalt gebraucht, und er baut deshalb alles das an, was er nötig zu haben glaubt, meist in kleinen Mengen, ohne Rücksicht auf Bodenqualität und Rentabilität.

Deshalb ist es auch völlig verkehrt, die heutige Lage der russischen Bauernschaft nach der Größe ihres Landbesitzes zu beurteilen; einen weit besseren Maßstab liefert die Viehhaltung. Und diese zeigt einen geradezu traurigen Tiefstand der russischen Bauernwirtschaft. Nach einer in 24 Gouvernements Großrußlands gegen Ende 1919 aufgenommenen Statistik hatten 25 Prozent aller dortigen Bauernbetriebe kein Pferd und 16 Prozent auch keine Kuh; 60 Prozent der Bauern hatten nur ein Pferd und 61 Prozent nur eine Kuh. Die Anzahl der Betriebe, die zwei und drei Kühe besaßen, betrug 23 (genauer 22,6) Prozent. Mehr als drei Kühe aber hatte nur ungefähr 1 Prozent der Bauernwirtschaften. Und dieser Stand der Viehhaltung hat sich seitdem nicht gebessert, sondern nach Aussage der Sachverständigen noch verschlechtert. Trotz der Vergrößerung ihrer Landanteile geht die russische Bauernschaft dem Ruin entgegen.

Es ist denn auch eine Tatsache, daß, obgleich mehr als vier Fünftel der russischen Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt sind, dennoch das Land nicht die großen Städte mit den nötigsten Nahrungsmitteln zu ver-

forgen vermag — auch nicht mit Hilfe des ausgedehnten Schleichhandels. Trotz aller Drohungen, Strafen und gewaltsamen Requisitionen hat, wie die »Prawda« vor einiger Zeit feststellte, keines der russischen Gouvernements die ihm auferlegten Getreideablieferungspflichten erfüllt; selbst die besten Gouvernements haben 1920 nur 25 oder 26 Prozent des Getreides abgeliefert, das sie entsprechend den Anforderungen der Sowjetregierung abzuliefern verpflichtet waren, und die abgelegenen, ärmeren Gegenden, wie zum Beispiel der Norden des Kaukasus, haben gar nur 5 oder 6 Prozent der Pflichtmengen abgeliefert.

(Schluß folgt)

## Der Kommunismus in Frankreich

Von Viktor Schiff

Die systematisch von der Moskauer Internationale betriebene Spaltungspolitik ist ein schwer zu lösendes psychologisches Rätsel. Mit doktrinärem Fanatismus läßt sie sich nicht erklären. Denn die Bolschewiki haben sich bei so zahlreichen Gelegenheiten als grundsätzliche Opportunisten erwiesen, daß man sie kaum als intransigente Dogmatiker ansprechen kann: dieselben Menschen, die den einstigen Zarenoffizieren eine so überraschende Gewissens- und Bewegungsfreiheit und so wichtige Funktionen zugestanden haben, die mit ausländischen Großkapitalisten Konzessionsverträge abschließen, die gänzlich unpolitische und unkultivierte asiatische Völker und Stämme international zusammenfassen, unter bewußter Ausschaltung eines jeden marxistischen Gedankens und Zieles und unter ausschließlicher Ausnutzung ihres nationalistischen Fanatismus, sollten nun mit inquisitorischer Unduldsamkeit allein wegen recht leerer und unklarer Formeln festgefügte und aktionsfähige Parteien nacheinander in allen Ländern sprengen?

Wenn aber die Prinzipienfestigkeit allein als Begründung ihres Vorgehens nicht ausreicht, so doch noch viel weniger der realpolitische Opportunismus. Denn abgesehen davon, daß es eine Naivität ohnegleichen wäre, im Ernst zu glauben, daß allein die »bremsenden« Führer der französischen, italienischen, unabhängig-deutschen Partei den Sieg der Räterevolution in diesen Ländern bisher verhindert haben, so ist es der reinste Irrsinn, zu meinen, daß durch die bloße Tatsache der Spaltung die Chancen der Weltrevolution vergrößert werden. Zumal es sich bei solchen Spaltungen erfahrungsgemäß doch niemals nur um die bloße Ausschaltung einiger unerwünschter Führer handelt, sondern stets auch um den Verlust eines mehr oder minder beträchtlichen Teiles der Massen, der entweder diesen Führern weiter Gefolgschaft leistet oder sich, angewidert durch den Parteihader vor und nach der Spaltung, gänzlich vom politischen Leben und Kampf zurückzieht. In Wahrheit bedeutet jede neue Spaltung eine wesentliche Schwächung der internationalen Lage der Sowjetrepublik. Und es ist nicht anzunehmen, daß die Bolschewiki diese Wahrheit noch nicht erkannt haben sollten. Zumal sie bisher eine faktkräftige Hilfe nur von den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen erhalten haben, gegen die sie am rücksichtslosesten vorgehen. Lloyd George hätte wahrscheinlich noch immer nicht die Blockadepolitik aufgegeben und jene Wirtschaftsverhandlungen mit Krassin aufgenommen, die soeben glücklich abgeschlossen worden sind, wenn ihn nicht der Druck der Labour Party dazu veranlaßt hätte. Ebenso hätte sich ver-